

Sehr geehrte Frau Garbe,

im gestrigen Artikel wird von Maria Hartl eine Äußerung von mir wiedergegeben, zu der der Verfasser wegen deren Brisanz besser vorher bei mir nachgefragt hätte.

Meine Stellungnahme:

Die mir unterstellte Äußerung, dass die Umfahrung so sicher wie das Amen in der Kirche komme, entspringt wohl einem Wunschdenken von Maria Hartl. Ich habe nach Abschluss der gerichtlichen Verfahren Mitte 2015 in einem lockeren Gespräch ihr gegenüber erklärt, dass viel dafür spreche, dass die Umfahrung nun gebaut werde.

Danach haben sich die Verhältnisse erheblich geändert, so dass das Amen nicht zu erwarten ist. Mit Bekanntmachung vom 17.12.2015 hat das Landratsamt u.a. den Trassenverlauf großen Teils als Überschwemmungsgebiet vorläufig sichergestellt. Daraufhin habe ich mit Schreiben vom 15.7.2016 bei der Regierung von Oberbayern wegen neuer wesentlicher Umstände die Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens beantragt. Darüber wurde noch nicht entschieden, weil die Regierung seit mehr als drei Jahre auf die Reaktion des Staatlichen Bauamtes wartet. Inzwischen hat die Sache juristisch und politisch an Fahrt aufgenommen. Seit dem 4.1.2018 ist die Verschärfung des Wasserhaushaltsgesetzes in Kraft, wonach noch nicht verwirklichte Straßenprojekte ebenfalls dem für Überschwemmungsgebiete geltenden Bauverbot unterworfen sind. Deshalb untersucht das Straßenbauamt zurzeit die Machbarkeit. Nach Übernahme des Volksbegehrens "Rettet die Bienen" durch die neue CSU/FW-Regierung wurde ferner der Natur- und Artenschutz erheblich verschärft. Damit ist der Klageweg wieder offen, falls der Staat überhaupt an dem Projekt festhalten sollte.

Denn das Straßenbauamt hat das Projekt nur widerwillig betrieben, weil es vom Kosten-/Nutzungsfaktor in den unteren Bereich korrigiert werden musste, der Entlastungseffekt selbst auf der alten Trasse gering, in der Haupt- und Feursstraße gleich null ist, dafür ein Naherholungsgebiet erheblich zerstört wird, die Hochwassergefahren für Olching unverantwortlich erhöht werden, Belange, die nun anders gewichtet werden müssen.

Das Straßenbauamt hat schon in der mündlichen Erörterung des Planfeststellungsverfahrens erklärt, dass es die Umgehung nicht gegen den Willen der Stadt baue. Solange aber die SPD in einer unerklärlichen Nibelungstreue insoweit zur CSU steht, gibt es im derzeitigen Stadtrat keine Mehrheit für die Beerdigung des Projektes, obwohl die veränderten Umstände ein Umdenken nahelegen. Söders neuer Grünkurs läßt ferner hoffen, dass das Projekt auch vom Staat politisch beerdigt wird. Ansonsten werden wohl die Gerichte wieder bemüht werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Ewald Zachmann